



Die Propagandistin

Zeitung der 16. Abteilung „Grünes Dreieck“

SPD

In dieser Ausgabe:

Schwerpunkt

Afghanistan

Aus dem Kiez

Kiezläufer vom Sparrplatz

2

Diskussionsforum

Lokführerstreik, Afghanistan, Populismus

3

Feuilleton

50. Todestag von Luise Schröder

21

Politisches Lied

Mann der Arbeit aufgewacht...

25

Aus den Vereinen

Die DeuKische Generation e.V.

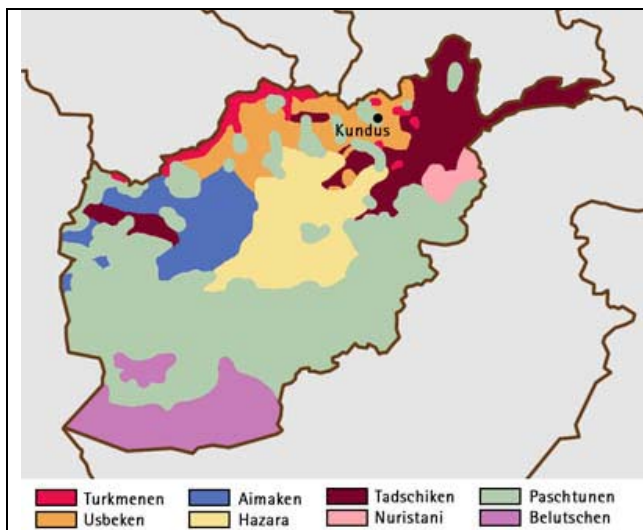
26

Ja liebe Genossinnen und Genossen,

Ihr habt also nun die zweite Ausgabe der furiosen Propagandistin in den Händen. Und hoffentlich ist Sie besser als die erste Ausgabe, welche schon fulminant eingeschlagen hat ... Auch außerhalb unserer Abteilung gab es enorm viel Feedback. Dies ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass ich es in all der Hektik unterlassen habe eine Kontaktmöglichkeit anzugeben. Dieser Fehler ist nun behoben, wie Ihr im Impressum sehen könnt. Falls es den einen oder anderen Artikel geben sollte, welcher Euch zum Widerspruch anregt, so ist das Hauptziel der Propagandistin erreicht: Das Anregen von Debatten und das Erarbeiten von politischen Positionen. Noch schöner wäre es jedoch wenn Ihr, liebe Genossen, diesen Widerspruch auch schriftlich ausdrückt, um so andere an Euren Meinungen und Erfahrungen teilhaben zu lassen.

Ich wünsche euch allen also ein gutes neues Jahr nachträglich und natürlich viel Spaß beim Lesen.

Euer Chefredakteur Sebastian



Aus dem Kiez

Hier gibt's Neues aus dem Brüsseler und Sprengelkiez

Die Kiezläufer vom Sparrplatz

Von Mikis Graf

Im Rahmen des Quartiersmanagements (QM) ist 1999 das Projekt der „Kiezläufer“ entstanden. Als Beauftragte des QM sind diese Kiezläufer unterwegs, um Kontakt zu den Bürgern aufzubauen und für Ordnung im eigenen Kiez zu sorgen. Zunächst aus dem Etat der QMs finanziert, sind heute viele Kiezläufer nur noch befristet und in Ein-Euro-Jobs beschäftigt. Auch in unserem Abteilungsgebiet sehen für das QM Sparrplatz Kiezläufer auf der Straße nach dem Rechten. Ich habe Khaled el Hussein und Raul Caceres begleitet, um mehr über ihre tägliche Arbeit zu erfahren.

Die einen nennen es einen Problemkiez, andere sehen ein zukünftiges Studentenviertel. Für die Kiezläufer Khaled el Hussein und Raul Caceres ist es einfach nur ihr Kiez. Seit einem Monat sind sie täglich für das Quartiersmanagements auf ihren Straßen im Wedding rund um den Sparrplatz unterwegs. Ihre Aufgabe: sich um Probleme kümmern. Der Kiez hat einige. Drogen, Alkohol, viel Armut und Jugendliche ohne Perspektive. El Hussein und Caceres sind da sehr realistisch, und trotzdem lieben sie ihren Kiez. Wenn sie jetzt ihre Kontrollgänge absolvieren, dann haben sie das Gefühl etwas für ihr Viertel zu tun.

Auch zwei Tage nach dem vermeintlichen Wintereinbruch in Berlin sind sie bei nasskaltem Wetter in ihren grünen Jacken mit der Aufschrift „KIEZLÄUFER“ auf der Straße. Ihre Hauptaufgabe ist es, für Ordnung zu sorgen. In der Praxis heißt das, Hundebutelbehälter auffüllen, Spielplätze von Spritzen der Fixer zu säubern und vor allem

Sperrmüllecken an die Stadtreinigung zu melden. „Montags ist das immer besonders viel, über Nacht und besonders am Wochenende stellen die Leute das raus“ sagt Raul Caceres, der jedes alte Möbelstück penibel in sein Notizbuch einträgt. Innerhalb von einer Stunde machen sie neun solcher Entsorgungen zwischen dem Nordufer und den U-Bahn Höfen Wedding und Leopoldplatz aus. „Das schicken wir per Fax an die BSR, in ein bis zwei Tagen der Müll weg“ sagt el Hussein.

El Hussein lebt seit 1989 im Wedding. Einmal ist er mit seiner Familie in einen anderen Bezirk gezogen. „Aber das hat nicht funktioniert.“ Da ist die Familie wieder zurück in den Wedding gezogen. Die Verbundenheit zum eigenen Kiez ist für die Kiezläufer auch das Erfolgsrezept für ihre tägliche Arbeit. „Die Bürger wollen ja auch, dass ihr Kiez schön und friedlich ist, besonders die Familien. Man muss da einfach mit denen sprechen, das geht alles nur über Kommunikation“, beschreibt el Hussein die Vorstellung von seiner Arbeit. Erfolg und Misserfolg ihrer eigenen Arbeit macht sich für beide dann auch genau an diesem Punkt fest, Akzeptanz für die Rolle der Kiezläufer zu erreichen und so Ordnung im Kiez zu schaffen, das ist ihr Ziel.

Reden wollen die Kiezläufer insbesondere auch mit Jugendlichen. Sie besuchen Jugendeinrichtungen und versuchen so eine Verbindung herzustellen: „Unser eigener Migrationshintergrund ist da sicherlich nützlich, die Jugendlichen akzeptieren uns“, sagt el Hussein. Trotzdem dauere es lange, bis beidseitiges Vertrauen geschaffen sei.

Ihr Kollege, der Kiezläufer Michael Fischer vom Quartiersmanagement Soldiner Kiez hat schon mehr Erfahrung im Umgang mit Jugendlichen. Jeden Morgen bringt er Schülern in seinem Kiez

sicher in die Schule. Wer schwänzen will wird von ihm zu Hause abgeholt und zur Schule gebracht. Fischer hält Kontakt zu Eltern im Kiez. Im Umgang mit den Jugendlichen setzt er auf seine offene und freundliche Art, um sich Respekt zu verschaffen. Aus seiner Sicht wirkt das am besten, die Zahl der Schulschwänzer sei eindeutig zurückgegangen, berichtet er. Auch wenn Michael Fischer auf die Arbeit mit den Jugendlichen mit einem speziellen Training vorbereitet wurde, sieht er es doch auch als besondere Herausforderung, die vor allem viel Zeit kostet.

Die Kiezläufer vom Sparrplatz können noch nicht auf eine so lange Erfahrung in der Arbeit mit Jugendlichen zurückschauen. In ihrem Arbeitsleben haben Khaled el Hussein und Raul Caceres sonst aber schon einiges ausprobiert. El Hussein beispielsweise ist gelernter Koch, hat lange auf Baustellen und zuletzt sogar in der Altenpflege gearbeitet. „Für unseren Kiez wollten wir schon immer was machen, gut dass das Arbeitsamt uns gewählt hat.“ sagt Caceres. Auf sechs Monate befristet arbeiten sie jetzt für das Quartiersmanagement, eine sehr kurze Zeit für eine Aufgabe, bei der die „Akzeptanz bei den Bewohnern“ so oft betont wird.

Über das Programm des Öffentlichen Beschäftigungssektors hofft man im Quartiersmanagement Sparrplatz, Khaled el Hussein und Raul Caceres für weitere zwei bis vier Jahre behalten zu können. Auch die beiden Kiezläufer würden gerne länger in ihrem Kiez arbeiten. Sie sehen Erfolge ihres Einsatzes, glauben aber gleichzeitig nicht, dass ihnen die Arbeit im Wedding so schnell ausgehen wird. „Die Leute werden auch weiter ihren Sperrmüll auf die Strasse stellen, die BSR ist denen halt zu teuer“, sagt Khaled el Hussein.

Diskussionsforum

Dies ist die Plattform für (partei-) politische Debatten.

Warum Afghanistan 2001 militärisch so schnell fiel und nun droht wieder abzudriften.

Von Sebastian Trommsdorff in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dr. Erwin Orywal

Professor Dr. Dr. Erwin Orywal ist Professor für Völkerkunde an der Universität Köln und war so wie ich im Jahre 2000 Gründungsmitglied des Deutsch-Pachtunisch Sozialdemokratischen Freundschaftsverein e.V.

Die Afghanen waren 2001 kriegsmüde. 23 Jahre Besatzung, Chaos und Bürgerkrieg endeten, als die Taliban, nach nur eineinhalb Monaten Kampf gegen Nordallianz und Weltgemeinschaft, einfach verschwanden. Seither hat der Westen für Afghanistan etwa sieben Milliarden Euro ausgegeben und 40.000 ausländische Soldaten sichern das Land. Und auch den Frieden im Westen, denn nie wieder soll Afghanistan für internationale Terroristen ein sicherer Hafen sein. Entsprechend dem im Petersberger Abkommen verabredeten Zeitplan wurde sogar von einem frei gewählten Parlament inzwischen eine neue Verfassung verabschiedet.

Aber, jetzt sind die Taliban wieder da! Die südöstliche Hälfte Afghanistan ist wieder ihr Operationsgebiet und in andern Landesteilen werden Selbstmordanschläge gefürchtet. 2007 und 2008 wird es noch schlimmer kommen. Warum bloß?

Erstens wurde ausreichende Sicherheit für das ganze Land zu keiner Zeit erreicht. Angstfrei von A nach B zu fahren, auch nachts gefahrlos aus

dem Haus gehen zu können, Konflikte ohne Waffen zu lösen, sind Grundbedingung jeder friedlichen Entwicklung. Solange Minen hochgehen und Kugeln fliegen, werden keine Strassen und Schulen gebaut. Über das Engagement des Westens haben sich die Afghanen mehrheitlich gefreut, weil sie sich davon Sicherheit und Wiederaufbau versprochen. Wenn die internationale Gemeinschaft das jedoch nicht leisten kann, fühlen sich Afghanen ihr auch nicht länger verpflichtet:

Keine einzige Militäraktion gegen die Unruhestifter zeigte bisher nachhaltigen Erfolg, da sich Taliban, Al Qaida, Hekmatiaranhänger und andere Störenfriede jederzeit einer Niederlage durch Rückzug über die durchlässige Durand-Linie nach Pakistan entziehen und dort regenerieren können. Eine 2.400 km lange Trennlinie, willkürlich vor über 100 Jahren von den britischen Kolonialherren festgelegt, zieht sich über Berg und Tal, durch Sand- und Geröllwüste. Auf beiden Seiten leben mehrheitlich Paschtunen und einige Belutschen. Die pakistanischen Staatsorgane haben in diesen Stammesgebieten juristisch einerseits nur eingeschränkte Macht. Und andererseits wandelt der pakistanische Präsident Pervez Musharraf schon jetzt auf einem äußerst schmalen Grat beim Wiederaufbau eines freien Afghanistans und der Ruhigstellung der Fundamentalisten in seinem eigenen Land. Würde er dem Westen auf pakistanischem Gebiet mehr Handlungsspielraum bei der Verfolgung der Terroristen bieten, wäre er selbst geliefert. Zwei Attentate hat er mit Glück überlebt. Außerdem sind starke pakistanische Kräfte, jenseits der Islamisten, vor allem im Geheimdienst ISI an einem schwachen Afghanistan interessiert. Sie wollen sich so den Rücken freihalten für eine mögliche

Auseinandersetzung mit Indien und unterstützen deshalb die Taliban.

Der Aufbau der afghanischen Nationalarmee als neue Ordnungskraft verläuft viel zu schleppend. Nach fünf Jahren zählt die Afghan National Army erst 35.000 Mann, weil die mühsam ausgebildeten Rekruten, wegen zu geringen Soldes, wieder desertieren. Damit schnellstmöglich die benötigten 75.000 Mann zusammenkommen, sollte ein Soldat zumindest den gleichen Lohn wie ein Taliban bekommen. So sind es viel zu wenige Soldaten, um das kleine Zeitfenster, in dem Afghanistan positiv verändert werden kann, militärisch offen zu halten. Denn die Afghanen dulden aus Tradition langfristig keine fremden Soldaten im Land, und deshalb müsste schnellstens eine eigene Armee die der Ausländer ersetzen. Die westliche Hilfsbereitschaft wird außerdem nicht ewig anhalten. In Deutschland ist meines Erachtens, seit der erstmaligen Weigerung der Grünen, der Verlängerung des Bundeswehr-Mandats im Rahmen der Operation Enduring Freedom im November 2006 zuzustimmen, die Rückzugsdebatte schon eröffnet.

Vom Aufstand gegen die Linksputschisten 1978 bis zur Talibanvertreibung 2001 sind Waffen jeden Kalibers nach Afghanistan geflossen und nach der Zerstörung jeglicher Staatlichkeit beherrschten unkalkulierbare Milizen das Land. So war das inzwischen angeblich erfolgreich beendete Entwaffnungs- und Wiedereingliederungshilfsprogramm, zwar für den Wiederaufbau dringend erforderlich, aber die Entwaffnung ist nicht gelungen. Viele Regionalherrscher haben sie unterlaufen, indem sie nicht alle ihrer Waffen abgaben. Und zu wenige Mitglieder der bewaffneten Gruppen wurden in die neuen Ordnungskräfte integriert. Obwohl sie über jahrelange Kampferfahrung

verfügten, verwehrte man ihnen hier eine Eingliederung aus sicherheitspolitischen Gründen. Es wurde befürchtet, diese Leute würden auch nach einer Schulung zu ordentlichen Soldaten und rechtstaatlichen Polizisten ihre Verbundenheit gegenüber den alten Milizführern nicht aufgeben. Um so erstaunlicher war es, dass die materielle Grundausstattung, die man der Mehrheit der Milizionäre an Stelle eines Jobs bei Militär und Polizei zur Wiedereingliederung in die Zivilgesellschaft zur Verfügung stellte, nur ärmlich bemessen war. Ein Sack Reis taugt weder als Berufsperspektive, noch kann er die alten Loyalitäten aufbrechen.

Deutschland hat sich beim Aufbau der Polizeistruktur zuviel Zeit gelassen, und die USA ist bei der Ausbildung der Polizisten zu wenig fundiert vorgegangen. Im November 2006 waren die materielle sowie die personelle Ausrüstung der Polizei immer noch so mager, dass sie erst zu weniger als 50% einsatzbereit ist. Sechs Jahre nach Beginn des westlichen Afghanistan-Engagements wenden sich einige Afghanen inzwischen wieder mit ihren rechtlichen Problemen an die Taliban, weil die neue Polizei bislang keine Rechtstaatlichkeit garantiert und flächendeckend korrupt ist. Die Polizei muss schneller auf ihre Sollstärke von 60.000 Mann anwachsen und so entlohnt werden, dass die Polizisten nicht erst die Hand aufhalten müssen, bevor sie für die Bevölkerung tätig werden.

Solange die afghanische und die ausländischen Regierungen nicht die Sicherheit in Afghanistan installieren, die Grundlage für eine optimistischere Zukunftsperspektive ist, verspielen sie ihren Vertrauensbonus, und die Taliban werden statt ihrer den Verunsicherten Zuflucht anbieten.

Warum der Wiederaufbau in Afghanistan nicht funktioniert.

Von Sebastian Trommsdorff in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Dr. Erwin Orywal

Ein westlich angestrebter Kulturwandel überfrachtet die Wiederaufbauhilfe, und torpediert sie so sogar. Als wäre es nicht schon schwierig genug, in Afghanistan Brücken und Strassen, Krankenhäuser und Schulen zu bauen, möchte der Westen das Land auch ein Stück weit von seinen tradierten Strukturen befreien, den Frauen mehr Chancengleichheit verleihen und religiösen Fundamentalismus entschärfen. Aber Kulturwandel ist in der Regel ein langsamer Prozess, der unter Druck häufig Gegenbewegungen auslöst. Die jedoch sollte man in Afghanistan nicht provozieren. Der Wiederaufbau allein erfordert alle verfügbaren Kräfte:

Afghanistan ist ein islamischer Staat und wird seinen Traditionen verpflichtet bleiben. Die islamisch verfasste Staatlichkeit widerspricht grundsätzlich der westlichen Trennung von Staat und Religion, weil zur Definition des Islam bislang die Anwendung islamischer Regeln eben auch in der Politik gehört. Die kurze Zeit, in der jetzt die Mehrheit der Afghanen ausländischen Einfluss tolerieren und in der der Westen Hilfe leistet, reicht nicht aus, um so langfristige Entwicklungen wie religiöse Aufklärung oder Modernisierung der Gesellschaft, die sich auch in Europa über Generationen hingezogen haben, in Afghanistan auf die Schnelle zu erreichen.

Die meisten Afghanen haben sich in ihrer bisherigen Geschichte nie mit der ganzen Nation Afghanistan identifiziert. Für sie ist die Familie, die Ethnie und die jeweilige Region sinnstiftend. Was in Kabul passiert, war immer weniger wichtig als die Geschehnisse vor der Haustür.

Afghanistan wird vorerst stammesrechtlich organisiert bleiben, aber die neue Verfassung trägt dem zuwenig Rechnung; leider wurde dem Zentralstaat vor dem Föderalismus der Vorzug gegeben. Und so fühlen sich die regional orientierten Afghanen durch die gewählte Regierung in Kabul nicht vertreten.

Vor der jetzt fast 30-jährigen Dauerkrise war Afghanistans Islam durch die Weltoffenheit und Toleranz des Sufismus geprägt. Aber die Konfrontationen der Kriegsjahre haben zu einer Radikalisierung der religiösen Vorstellungen im Lande geführt. Exilafghanen im friedlichen Westen haben diese Entwicklung nicht mit vollzogen, sondern passten sich mehrheitlich der westlichen Gastgebergesellschaft an. Nun engagieren sie sich in einem Land, deren Denkweise ihnen irgendwie fremd geworden ist und müssen sich manchmal den moralischen Vorwürfen der Daheimgebliebenen erwehren, ihr Land in schweren Zeiten allein gelassen zu haben. Exilafghanen haben sicherlich viel Wissen und wichtige Fähigkeiten erworben, die ihr Land dringend bräuchte, aber die einfachen Bewohner Afghanistans sind wegen ihrer negativen Erfahrungen misstrauisch geworden gegenüber zu selbstgefällig vorgetragenen Lösungen von Besserwissern und Heilsbringern. Ein hoher Anteil von Exilafghanen in höchsten Ämtern erschwert deshalb zusätzlich die Identifikation der Afghanen mit ihrer Regierung.

Der westliche Begriff „Warlord“ verhindert eine zutreffende Analyse der in Frage stehenden Strukturen. Eigentlich will man mit der Wortwahl „Warlord“ das Phänomen der regionalen Organisation in Abwesenheit von Staatlichkeit beschreiben. Aber die im Begriff mitschwingende Bedeutung von „Kriegsfürst“, „Kriegstreiber“ und „Kriegsgewinnler“ verstellt einen wertfreien Blick auf die so bezeichnete

Personengruppe, führt zu der Scheinerkenntnis, man müsse diese eliminieren, um friedliche Zustände herzustellen. Das Gegenteil ist richtig: ohne diese Personengruppe an entscheidenden Stellen mit in den Wiederaufbau einzubinden, vergisst man sich die Chance, ihre Kontakte, ihren Einfluss und ihr Wissen um die Denkweise ihrer Anhänger für den Wiederaufbau zu nutzen und provoziert gleichzeitig den Unmut großer Teile der Bevölkerung, ihrer Gefolgschaft, die sich so marginalisiert sieht und denkt: „Eure Demokratie bedeutet also, uns nicht dabei haben zu wollen!“ Afghanische und westliche Rolle der Frau stehen in Widerspruch zueinander. Dieser Gegensatz kristallisiert sich in der unterschiedlichen Wertung der Burka, dem Ganzkörperschleier. Die gesellschaftliche Reorganisation im Westen nach dem 2. Weltkrieg mit der starken Betonung des Individuums, begünstigt durch die Fragwürdigkeit der tradierten Eliten und die rasante friedliche ökonomische Entwicklung haben hier ein nahezu gleichberechtigtes neues Frauenbild ermöglicht. Dem entgegen waren die Lebensbedingungen der Afghanen in den vergangenen 30 Jahren bekanntermaßen weder friedlich noch ökonomisch erfolgreich. Und in der Gesamtheit Afghanistans wurden die alten Eliten eben nicht in Frage gestellt, sondern durch das Konfrontationsklima, wie schon die Religion, eher in einer Hinwendung zur Tradition zementiert und ja, verherrlicht. Kein günstiges Umfeld also für eine Emanzipation der afghanischen Weiblichkeit, welche entgegen westlicher Sicht, noch immer in ihrer Mehrheit die Verschleierung nicht etwa als Kerker sondern als Schutzmantel gegen männliche Anzüglichkeiten und damit tradiertes Hilfsmittel zur Ehrerhaltung sieht. Die Erfolge der europäischen Frauenbewegung der letzten 30 Jahre lassen sich in Afghanistan so nicht wiederholen, sondern werden in dieser

traditionell geprägten Gesellschaft eher als Provokation empfunden, auch von der Mehrheit der Frauen!

Die jetzige Situation in Afghanistan weist leider zunehmende Parallelen zum Konfliktbeginn 1978 auf: damals bemühte sich Kabul unter der linken Regierung von Nur Mohammed Teraki, vielleicht wohlmeinend wie jetzt Präsident Hamid Karsai, um eine Reformierung der Gesellschaft. Landreform und Alphabetisierungskampagne, verbesserte Infrastruktur und Gesundheitsvorsorge sowie eine soziale Aufwertung der Frau sollte die Verbesserung der Lebensumstände herbeiführen. Dabei traten die Kommunisten allerdings in alle verfügbaren kulturellen Fettnäpfchen und provozierten massiv die beherrschenden Kräfte des Landes, die schnell begannen, bewaffneten Widerstand zu leisten, erst recht, als die damalige Sowjetunion versuchte, die schwindende Macht der Kabuler Regierung durch ihre Invasion 1979 zu stabilisieren. Der Westen steht nun kurz davor, sein ursprüngliches Prestige als Befreier Afghanistans von der Taliban-Geißel gegen das Stigma des Besatzers einzutauschen. Dabei sahen viele Afghanen den Präsident Hamid Karsai schon immer als Marionette der materialistischen USA, so wie zu Zeiten der sowjetischen Besatzung die damaligen afghanischen Präsidenten Karmal und Najibullah als Erfüllungsgehilfen der gottlosen Invasoren verachtet waren. Respektlosigkeit gegenüber der afghanischen Kultur und Ahnungslosigkeit im Umgang mit den Traditionen, Unduldsamkeit mit afghanischem Festhalten an Überliefertem und Unterschätzung der Langwierigkeit von Kulturwandel treibt den Taliban als vermeintlichen Traditionsbewahrern nur weitere Unterstützer zu.

Warum die Anti-Drogen Politik in Afghanistan keinen Erfolg haben kann.

Von Sebastian Trommsdorff und Prof. Dr. Dr. Erwin Orywal

Der Kampf gegen die afghanische Drogenwirtschaft fruchtet nicht, weil weder die geschichtlichen Gegebenheiten, noch die Ökonomie, noch die kulturelle Bedeutung von Drogen ausreichend Berücksichtigung finden. Die desolate Lage des Landes erfordert eine Anstrengung aller Kräfte. Und das bislang wenig erfolgreiche Vorgehen von neu geschaffenen Drogendezernaten und Spezialagenten bindet nicht nur Geld und Personal, sondern treibt den Unruhestiftern durch Razzien und Zerstörung von Mohnfeldern weitere Sympathisanten zu. Zweifellos bereitet die Drogenmafia einer freiheitlichen afghanischen Staatsbildung arge zusätzliche Probleme, denn die Korruptionstendenzen im zerrütteten Afghanistan, im Übergangszustand zwischen traditioneller Stammesorganisation und nationalstaatlicher Identität, in Verbindung mit katastrophaler Ökonomie, werden von den „mafiösen“ Strukturen noch verstärkt. Der Kampf gegen Drogen hat jedoch Alternativen:

Die afghanische Opiumwirtschaft ist nicht erst unter den Taliban entstanden, sondern schon früher in der afghanischen Geschichte haben Haschisch und Opium ihren Platz gehabt. Im Schatten der Afghanistan-Konflikte der vergangenen 30 Jahre entwickelte sich die heutige Monopolstellung des Opiums fast zwangsläufig. Ab 1979 nämlich ging das Chomeini-Regime, im Kontrast zum damals gestürzten Schah, beim westlichen afghanischen Nachbarn, dem Iran, massiv gegen Drogenproduktion, Handel und Gebrauch vor. Viele Drogenhändler setzten sich in der Folge nach Afghanistan ab. Und auch beim östlichen

Nachbarn Pakistan wurde zur gleichen Zeit die bis dahin legale Produktion und der Vertrieb von Opium strengstens untersagt. Auch hier verlegten die davon Betroffenen ihre Aktivitäten nach Afghanistan. Die erzielbaren Gewinne wurden dringend gebraucht: der Widerstand der Mudschahedin gegen die sowjetischen Besatzer verlangte nach Waffen. Inzwischen wird die Welt zu 90% mit Heroin aus Afghanistan versorgt. Die Ernte des Vorprodukts Opium war 2006 mit 6000 Tonnen 50% höher als noch im Vorjahr. Diese Entwicklung umzukehren, verlangt langen Atem und immensen Einsatz: eine jetzt kaum zu stemmende Herkulesarbeit.

Die kleinen afghanischen Bauern stecken in einer Zwangslage: die Äcker sind noch von unzähligen Minen verseucht. Die Bewässerungssysteme, in diesem trockenen Land unabdingbar für den Anbau vieler Feldfrüchte, sind immer noch zerstört. Und auf den viel zu langen Wegen zum nächsten Marktplatz, mit langsamen Fortbewegungsmitteln wie Eseln oder Pferdekarren, vergammeln Obst und Gemüse, vor allem weil die Strassen meist diesen Namen gar nicht verdienen. Zusätzlich haben Hilfslieferungen an Getreide den einheimischen Weizenmarkt praktisch zum Erliegen gebracht. Wer zahlt schon Geld für ein Produkt, das von den Hilfsorganisationen massenhaft verschenkt wird? Da bietet die genügsame Mohnpflanze fast die einzige Chance, Geld zu verdienen. Egal, ob die Regierung den Anbau bestraft oder die Geistlichkeit betont, dass der Koran alles Berauschende untersagt, - die Familien haben Hunger. Also bedeutet der jetzige Kampf gegen Opium, das Pferd vom Schwanz aufzuzäumen, denn erst nach der Erneuerung der Infrastruktur werden sich für die Bauern vielleicht lohnende Alternativen zum Drogenanbau ergeben.

Und die Bauern treffen ihre Anbau-Entscheidungen nicht autonom. In der Regel arbeiten sie auf geliehenen kleinen Parzellen, die sie für große Grundbesitzer bewirtschaften. Diese sind für die kleinen Bauern Kapitalgeber und üben entsprechenden Druck auf die Landbevölkerung aus, möglichst gewinnbringende Produkte anzubauen. Die mächtigen Landowner sind entweder identisch mit den regionalen Führern oder stehen denen zumindest nah. In den vergangenen Chaosjahren haben diese Landlords gelernt, mit Opiumanbau und dem dabei verdienten Geld bei den regionalen Machthabern Einfluss zu gewinnen, die für ihre kriegerischen Auseinandersetzungen auf Zuwendungen angewiesen waren. Und so ist es zu einer Verquickung von „Mafia“ und lokaler Verwaltung gekommen, die in der Regel die regionalen Machtstrukturen personell wieder spiegeln. Wenn diese Behörden nun angehalten werden, gegen den Opiumanbau vorzugehen, müssen sie quasi den Ast absägen, auf dem sie selber sitzen. So stellen sich dem Vorhaben, diese Abhängigkeiten aufzubrechen, entscheidende Interessen entgegen.

Die Geschichte der weltweiten Drogenbekämpfung des vergangenen Jahrhunderts hat bereits gezeigt, wie sehr sich z.B. der Opiumanbau im asiatischen Goldenen Dreieck, die Kokainproduktion im südamerikanischen Kolumbien oder die Cannabiswirtschaft in Marokko ihrer Eindämmung widersetzen. Solange in Europa, den USA oder Japan Endverbraucher auf Nachschub warten, solange wird produziert, Opium eben jetzt in Afghanistan. Angebot und Nachfrage regeln den Markt. Obendrein ist die übliche Vorgehensweise von nationalen Polizeien, lokale Drogenszenen mit Razzien zu zerschlagen untauglich, da die vertriebene Szene sich umgehend woanders reorganisiert.

Ergebnisloser Aktionismus! Trotz dieser Erkenntnis scheint es, als versuche man diese wenig nachhaltige Strategie auch international anzuwenden: zwanzig Jahre war das Goldene Dreieck unangefochtener Marktführer bei der Opiumproduktion bis dieses Monopol Anfang der 1990-er Jahre zerschlagen wurde. Jetzt liefert stattdessen Afghanistan. Das, mal so eben, neben dem Wiederaufbau des Landes her, ändern zu wollen, ist ein aussichtsloses Bemühen.

Die Thesen eines in Paris, London, Brüssel und Kabul ansässigen Experten-Team für Sicherheits- und Entwicklungspolitik, des Senlis Council, klingen plausibel: der weltweite medizinische Bedarf an Opium zur Schmerztherapie ist nur zu 40% gedeckt. 4000 Tonnen werden dafür, z.B. in der Türkei seit den 1970-er Jahren, lizenziert pro Jahr hergestellt. Eine kontrollierte Legalisierung des Mohnanbaus in Afghanistan, dem türkischen Beispiel folgend, würde die Verdienste der kleinen Bauern entkriminalisieren und ihre wirtschaftlichen Entwicklung fördern. Dem Schwarzmarkt würde in großen Mengen Opium entzogen. Die illegalen Einkünfte der „Mafia“ würden schrumpfen und ständen dem Korruptionskreislauf nicht mehr zur Verfügung. Und die Taliban verlören einen Großteil ihrer Unterstützer, nämlich all die verzweifelten und wütenden Bauern, denen die Regierung schon die Mohnfelder abgefackelt hat. Im Kampf gegen den Mohn gebundenes Geld und Personal könnten in den Krieg gegen die Terroristen umgeleitet werden. Und ganz nebenbei würde die weltweite Versorgungslücke an medikamentösen Opiaten geschlossen.

Das weltweite Monopol in Sachen Opium ist Gründen erwachsen, die kurzfristig nicht zu revidieren sind. Der Krieg gegen die Droge ist deshalb in absehbarer Zeit nicht zu gewinnen, schwächt die Wiederaufbaukräfte und spielt

dem politischen Gegner in die Hände. Höchste Zeit für neue angemessene Strategien!

Was machen die Hilfsorganisationen in Afghanistan?

Von Sebastian Trommsdorff und Prof. Dr. Dr. Erwin Orywal

Die Wiederaufbauhilfe bessert zu selten nachhaltig die praktischen Lebensumstände des einfachen Afghanen. Sieben Milliarden Dollar in fünf Jahren bedeutet viel Geld; das relativiert sich aber im internationalen Vergleich. Zudem sind die Aufbauhelfer mit ihren Mitteln gar nicht in alle Landesteile gekommen. Die Helferorganisationen verbrauchen einen erheblichen Teil des Geldes für ihre eigenen Strukturen und die der nachgeordneten lokalen Organisationen. Und sie stellen mit der guten Bezahlung für einheimische Arbeitskräfte eine harte Konkurrenz dar, bei der Personalsuche der mit Geld schwach ausgestatteten afghanischen Verwaltung. Dadurch wird der Aufbau der Staatlichkeit geschwächt, wo in vielen Bereichen Korruption überhand genommen hat. Der Fluss der Gelder von den Geberländern zum Einzelprojekt, z.B. der Bau einer Strasse oder das Bohren eines Brunnens, gleicht einem komplexen Bewässerungssystem, in dem beträchtliche Beträge der begrenzten Mittel versickern, bevor sie den einzelnen Afghanen erreichen. Dessen Enttäuschung öffnet ihn für die Einflüsterungen der Taliban und anderer Unruhestifter, die Präsident Karsai und die Ausländer eh nur als Besatzer und Speerspitze eines unmoralischen, materialistischen und ungläubigen Imperialismus sehen:

Unter dem Eindruck des fürchterlichen 11. September fand sich die Weltgemeinschaft zusammen, um Afghanistan aus dem Chaos zu

helfen. In Tokio, Berlin und London machten die Geberländer dem Land Hilfszusagen von 15 Milliarden Dollar für einen Zeitraum von zehn Jahren. Bis zur jetzigen Halbzeit sind Mittel in Höhe von sieben Milliarden Dollar für Afghanistan geflossen. Das ist eine Menge Geld, aber im gleichen Zeitraum hat z.B. Deutschland in den Umbau seiner fünf neuen Bundesländer 250 Milliarden Euro investiert. Und in Ex-Jugoslawien oder im Irak wurde pro Kopf der Bevölkerung für den Wiederaufbau weit mehr als in Afghanistan ausgegeben, obwohl man dort nicht bei Null anfangen musste, bestehende Strukturen nutzen konnte und die Bevölkerung grundsätzlich besser versorgt war als die im Hinterland von Kabul.

Den Wiederaufbau behinderte häufig die mangelnde Sicherheit. Solange Amerikaner an der pakistanischen Grenze immer noch bin-Laden und Mullah Omar jagen, riskiert jede Hilfsorganisation dort das Leben ihrer Mitarbeiter. Nachvollziehbar, dass sich Aufbauverbände da mit ihrem Engagement zurückhalten. Nach dem fünfjährigen Engagement für das Land kann man im Osten und Süden kaum von einer merklichen Besserung der afghanischen Lebensumstände sprechen. Häufig ist es nur ein in den Organisationen subjektiv und fälschlich empfundener Mangel an Sicherheit, der viele der etwa 340 ausländischen professionellen Helferteams hindert, sich aus der Hauptstadt Kabul oder den drei anderen großen Städten Masar-i-Scharif, Kandahar oder Herat heraus zu bewegen. Man will die Mitarbeiter zur Not schnell über den Flughafen evakuieren können, man sucht aus organisatorischen Gründen die Nähe zur afghanischen Regierung, oder den internationalen Helfern sagt der einfache örtliche Komfort in den entfernten Provinzen

nicht zu. Aber das Verharren in der Großstadt vernachlässigt sträflich die Bedürfnisse des Hinterlandes, in dem vier Fünftel aller Afghanen wohnen.

Einer mangelhaften Präsenz der Hilfsorganisationen in den Provinzen entspricht die teils projektfremde Ausgabe der Gelder. Etwa 2300 afghanische Organisationen nutzen inzwischen das Dilemma der internationalen Verbände, die zwar viele Hilfsgelder verwalten, in den Großstädten aber nicht ausreichend sinnvolle Betätigung finden. Meist im Auftrag der großen Hilfsverbände realisieren die lokalen Organisationen ihre Projektarbeiten im Hinterland, müssen aber natürlich auch wieder die eigene Organisation personell und materiell ausstatten. Damit die internationalen Hilfsorganisationen überall in der Welt einsetzbar sind, bieten Sie ihrem Personal in der Regel bei der Bezahlung auch internationalen Standard. Und zu Mondpreisen werden die komfortabelsten Häuser angemietet, die großen, sündhaft teuren, klimatisierten Geländewagen werden von einheimischen Fahrern gelenkt, die hier mindestens das Fünffache dessen verdienen, was sie in gehobenen afghanischen Positionen bekommen würden. Viele Hilfsgelder könnten zudem in den Einzelprojekten effektiver ausgegeben werden, wenn die Ausländer z.B. Bauaufträge an einheimische statt an ausländische Firmen vergäben. Schulen, die eigentlich für 50.000 Dollar zu errichten sind, kosten die Geberländer leicht das Fünffache. Schließlich kommt nur ein Bruchteil der sieben Milliarden bei den Menschen vor Ort an, etwa 30%, und verstärkt hier den Eindruck, dass der Westen zwar viel verspricht, aber wenig hält. - Einen Papiertiger jedoch fürchten Taliban und Konsorten nicht.

Wenn ein gebildeter Afghane z.B., als Übersetzer für UNO-Organisationen, als Fahrer für Journalisten oder Projektassistent für die internationalen staatlichen oder nicht-staatlichen Hilfsverbände arbeitet, steht er nicht mehr als landes-, sprach- und kulturkundlich, gut ausgebildeter Angestellter für die in Aufbau befindliche afghanische Verwaltung zur Verfügung. Warum sollte er sich von der für 50 Dollar im Monat anstellen lassen, wenn er bei den Ausländern das Vielfache verdienen kann? So findet ein Abfluss der heimischen Intelligenz von afghanischen Stellen zu den Hilfsorganisationen statt, der dem jungen Staatswesen Afghanistan die eigentlich dringend benötigten Fachkräfte entzieht bzw.

vorenthält. Inzwischen sitzen Ausländer statt der Einheimischen auf 40% dieser Stellen, deren Bezahlung auf hohem internationalen Niveau natürlich nicht von den Behörden bezahlt werden kann, sondern meist von der Weltbank gesponsert wird. Die internationalen Verbände konkurrieren ungewollt mit afghanischen Behörden und behindern damit den Staatsaufbau, tun das Gegenteil dessen, wofür sie eigentlich ins Land gekommen sind; sie bremsen das junge Staatswesen gefährlich aus.

Das schwer zu überschauende „Bewässerungs- und Flusssystem“ aller Hilfsgelder speist sich aus den einzelnen Geberländern. Aber schon an diesen Quellen verzweigen sich die einzelnen

Klein Zaches



Inh.: Niels-J. Kristiansen
Antwerpener Str. 43 13353 Berlin - Wedding
Telefon (030) 453 50 07

**Täglich geöffnet von
17:00 – 04:00 Uhr**

„Länderströme“ nach Afghanistan in weitere „Organisations-Flüsse“ Richtung Kabul: z.B. in die Kanäle der Militärs der Geberländer oder in die Geldströme der nationalen staatlichen Aufbauhelfer, entsprechend ihren Budgets im jeweiligen Staats-Haushalt. Die „Mittelflüsse“ der Nichtregierungsorganisationen und anderer werden erst gespeist, wenn deren projektbezogene Anträge bei den zuständigen Ministerien befürwortet wurden. Der größte Anteil der Zuwendungen kommt aber aus den übernationalen Organisationen, wie der UNO oder der EU, die die Gelder vertragsmäßig von ihren Mitgliedsstaaten erhalten und weiterleiten. In Afghanistan landen die Geldflüsse nicht in einem Topf der Karsai-Regierung, sondern bei den jeweiligen afghanischen Niederlassungen der oben erwähnten internationalen Organisationen. Von dort werden die Gelder dann meist durch die Kanäle der 2300 einheimischen Hilfsgruppen weiter geleitet, die die Durchführung der einzelnen Projekte, - nach Beantragung bei, und Lizenzierung durch die afghanischen Behörden -, mit einheimischen oder fremden Fachfirmen, nach diesem langen Weg, schließlich realisieren. Bislang verfügt die Regierung in Kabul direkt nur über etwa 20% der Mittel. Dass es in der Koordination der anstehenden Aufgaben bei so vielen „Mitspielern“ häufig zur Dopplung von Projekten oder auch zur Unterversorgung einzelner Regionen kommen kann, sollte bei der Unübersichtlichkeit des Systems nicht überraschen. So haben viele Gegenden z.B. noch gar kein sauberes Trinkwasser oder von zwei neuen Schulen steht ein mangels Bedarf nutzlos leer. Diese fehlende Koordination und mangelnde Transparenz schafft Ungerechtigkeit, Frust und Empörung, die Wasser auf die Mühlen der Terroristen sind.

Die apokalyptische Korruption in Afghanistan lässt zunehmend Ausländer, vor allem aber auch immer mehr Einheimische schier verzweifeln. In ihren traditionellen Stammesverbänden ist Vetterwirtschaft eine geregelte Norm. Aber im neu zu schaffenden Staatswesen, das Angehörige unterschiedlichster Ethnien, Ausländer und teils entfremdete Exilafghanen zusammenbringt, unterliegt diese Vernetzung nicht wie im eigenen Stamm einer sozialen Kontrolle. Die neuen Gesetze und der Staatsbegriff sind fremd, wurden bei Weitem nicht von Allen verinnerlicht. An das Wohl des großen, ganzen Staates zu denken, ist ungewohnt. Die zahlreichen bürokratischen Verflechtungen mit dem unüberschaubaren Flusssystem der Gelder und Helfer ist schlecht zu kontrollieren. Da wäscht eine Hand die andere, geben und nehmen ist die Devise. Der Staat scheint von vielen Angestellten als Versorgungsmaschinerie eigener Bedürfnisse gesehen zu werden. Es gibt kaum Unrechtsgefühl. Zusätzlich wird die Korruption auch noch vom ungenügenden Ausbau von Polizei und Justiz begünstigt, sodass der Einzelne keine Sanktionen fürchten muss. Und nach der langen Durststrecke der Chaosjahre ist das Verlangen nach materieller Sicherheit besonders groß. Trotz demokratischer Bestätigung ist die Regierung Karsai weit entfernt von „Good Governance“, der Maxime, der Bevölkerung einen ordentlichen und redlichen Staatsapparat zu bieten, um den Menschen eine verlässliche Zukunftsperspektive zu geben. Die afghanischen Behörden sind stattdessen beim Auflegen neuer Verordnungen, teurer Registrierungen und obskurer Bescheinigungen jeder bürokratischen Art äußerst erfinderisch. Die wenigen Polizisten sind so ärmlich entlohnt, dass sie käuflich werden. Hohe Staatsbedienstete eignen sich widerrechtlich Grundstücke an, kassieren hemmungslos Provisionen für

Projektgenehmigungen der Hilfsorganisationen, verdienen mit am Drogengeschäft. Ein integrierter Staatsanwalt allein, ohne Ressourcen und weitere Kompetenzen, kämpft vergeblich gegen Windmühlenflügel. Hielten diese Zustände an, wäre der weitere Vormarsch der Taliban als Sammelbecken der vielen Enttäuschten unaufhaltsam und das Land erneut rettungslos verloren.

Es muss mehr Energie in das verlustreiche Hilfssystem gesteckt werden. Die Strukturen brauchen mehr Transparenz und Koordinierung, um die Effektivität der Hilfe zu steigern. So verworren organisiert, bietet das System zuviel Angriffsfläche für Korruption. Die bislang stammesrechtlich geordnete Gesellschaft im Durchgangsstadium zum identitätsstiftenden Nationalstaat braucht allgemein-verbindliche Normen und Überschaubarkeit. Verstärkte Hilfe und verminderte Korruption gäbe den Afghanen die Sicherheit, die sie gegen die aggressive Argumentation der Unruhestifter immunisiert.

Mein Kommentar über das Verhalten der U.S.A. in Afghanistan und vielleicht eine Perspektive

Von Sebastian Trommsdorff

Die Politik der USA gleicht einem Werbefeldzug für, an Stelle eines Kriegs gegen den Terrorismus. George Bush erweckt bei den Islamisten und Anderen den Eindruck, der „Clash of Civilisations“, der Kampf der Kulturen, sei tatsächlich und endgültig voll entbrannt. Den am 11. September hingeworfenen Fehdehandschuh Osama bin-Ladens hat Amerika aufgehoben, anstatt sich nur dort, wo angegriffen, zu verteidigen und ansonsten zu deeskalieren. Der Irrsinn des vom Zaun

gebrochenen Irak-Kriegs hat nicht nur dem afghanischen Wiederaufbau dringend benötigte Ressourcen entzogen, sondern statt der Schließung des diagnostizierten sicheren afghanischen Hafens für Terroristen einen zusätzlichen, viel größeren im Irak erst geschaffen. Die Menschen verachtenden Gefängnisse Guantanamo, Abu Ghuraib oder Bagram beweisen ein amerikanisches Weltbild, das der angeblich an Menschenrechten orientierten Politik des Westens jede Glaubwürdigkeit nimmt. Die so genannten Kollateralschäden des Kriegs gegen den Terror, tote bombardierte Frauen und Kinder, alte und junge ermordete friedliche Männer in Afghanistan, verlängern täglich die Schlange der wütenden Freiwilligen, die selbst den terroristischen Kampf gegen den Westen aufnehmen wollen, und vergrößern die Zahl der Sympathisanten ins Unermessliche.

Vielleicht ist es noch nicht zu spät, Sicherheit in ganz Afghanistan durch Verstärken der heimischen Ordnungskräfte und Konzentration der westlichen Streitkräfte auf die Sicherung des Wiederaufbaus herzustellen. Viel wäre dabei gewonnen, wenn der Westen es den Afghanen selbst über-lassen würde, wie sie leben möchten. Eine entkriminalisierende Drogenpolitik entzöge dem Gegner Sympathisanten und Ressourcen, und eine transparentere und koordinierte Hilfe wäre erfolgreicher, schüfe mehr Zufriedenheit der einzelnen Afghanen, würde sie gegen Taliban Propaganda eher immunisieren. Sollten dazu die USA ihren Werbefeldzug für mehr Terroristen beenden, wäre der Erfolg der Taliban vorbei.

Populismus – aber gut mal darüber geredet zu haben

Von Andreas Wiedermann

In der ersten Ausgabe der Propagandistin vertreten Sebastian und Hanno zwei scheinbar diametral entgegengesetzte Auffassungen zu der Frage, ob die SPD „populistischer“ agieren müsse. Ich glaube beide haben auf ihre Art sowohl aneinander wie auch an des Pudels Kern vorbei geschrieben. Ich glaube das war für beide schwer zu vermeiden, weil eigentlich niemand so recht weiß, was Populismus ist. Dazu wurde der Begriff in den letzten Jahren viel zu häufig von Politikern aller Couleur als Waffe gegen die jeweilige Konkurrenz eingesetzt.

Dazu vorab einige Beispiele: Als Thatcher in den 80ern neoliberale Reformen in Großbritannien durchsetzte warf Labour ihr Populismus vor, weil sie nur dem Mainstream nachrennen würde. Als Mitterand Anfang der 80er französische Großkonzerne verstaatlichte rief die Rechte: Populismus! Schröder ist nicht weniger populistisch als Lafontaine mit seinem Grundsatz „Fordern und Fördern“. Lafontaine wiederum nicht weniger als Schröder mit seinen Angriffen auf die Agenda 2010. Roland Kochs Wahlkampf-Unterschriften-Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft haben alle Linken in diesem Land populistisch genannt. Wenn Westerwelle bei Sabine Christiansen sitzt und verkündet, er vertrete die Arbeitnehmerinteressen besser als jede Gewerkschaft, weil die FDP wolle, dass jeder Arbeitnehmer individuell, unabhängig und frei seine Arbeitsverhältnisse mit den Arbeitgebern aushandeln kann, dann ist das nicht nur dumm, sondern eben auch populistisch. Da sind sich alle politischen Gegner der FDP sicher, insbesondere die Gewerkschaften.

Populismus ist nichts weiter als ein Kampfbegriff, um politische Gegner zu diffamieren, um sie als überzeugungslose, machthungrige Fähnchen im Winde ihrer Klientel darzustellen. Die Spitzenpolitiker aller Parteien werfen sich jede Woche gegenseitig Populismus mit genau dieser Absicht vor. Gerne wird dabei auch auf historische Vergleiche zurückgegriffen, die den Diffamierten in unangenehme geistige Verwandtschaft rücken sollen. Doch was genau eigentlich eine Politik populistisch macht, sagt nie jemand. Denn welchen Standpunkt man als populistisch stigmatisiert hängt vor allem davon ab, wo man selbst steht. Ein neoliberal eingestellter Großunternehmer wird an Westerwelles Meinung zu Gewerkschaften wenig Populistisches erkennen. Dafür ist der Mindestlohn für ihn nur ein kläglicher Versuch der SPD, ihre alten Wählerschichten zurück zu erobern, also reiner Populismus. Wir haben eine andere Weltsicht und ein anderes Gerechtigkeitsempfinden und können diesen Vorwurf nur mit einem Hinweis auf unsere Ideale und Werte zurückweisen.

Jeder Politiker versucht seine Anhänger durch Zuspitzungen seiner Ansichten zu mobilisieren. Das ist politischer Alltag. Die Aussage „das ist jetzt aber populistisch“ ist daher nichtssagend, nichts weiter als ein inhaltsloses Totschlagargument, das gebraucht wird, wenn die eigenen Argumente gerade mal wieder ausgegangen sind. In den letzten Jahren haben sich die Führungsriege aller Parteien angewöhnt, sowohl nach links wie nach rechts mit Populismusvorwürfen um sich zu schlagen. Ironischer Weise werden dabei besonders gerne Politiker mit Populismus in Verbindung gebracht, die an ihren Standpunkten in den letzten 20 Jahren unbeirrt gegen alle Widerstände festhielten.

Sebastians „Populismus“ als Krisen- überwindungsprogramm vs. Hannos Beharren auf dem „Richtigen“

Sebastian versucht in seinem Artikel dem Populismus einen positiven Beigeschmack zu geben. Während alle politischen Lager sich darin einig sind, dass es keine besonders hervorragende Eigenschaft eines Politikers ist, seine Meinung den Sonntagsumfragen anzupassen, glaubt er genau das wäre notwendig, um die SPD aus ihrer Krise zu helfen. Mit seinem Drängen nach mehr populistischer Rhetorik von unseren Spitzenpolitikern versucht er zumindest mal auf kreative und unterhaltende Weise ein nicht von der Hand zu weisendes Problem der Partei anzugehen. Die SPD ist seit Schröders Reformpolitik in einer Krise, sowohl was Mitgliederentwicklung und Wahlergebnisse aber auch was die Entwicklung progressiver Lösungsvorschläge der sozialen Schieflagen und Probleme unserer Zeit angeht. Sebastian sieht leider nur die Zahlen und interessiert sich wenig für unser inhaltliches Problem, was schließlich auch in eine, egal welchem politischen Flügel man auch angehören mag, nicht nachvollziehbare Schlussfolgerung mündet, die er anhand des Irakkrieges illustriert:

„Die Bundestagswahl 2002, diese ganze anti Kriegs Geschichte ist vom Schröder ausschließlich aus populistischen Hintergedanken heraus betrieben worden, denn nach der Wahl konnten sich die Amis nicht über mangelnde Unterstützung seitens der Bundesregierung [...] beklagen.“

Soweit richtig, doch seine am Ende des Absatzes gestellte rhetorische Frage „war das falsch?“ muss entgegen seiner Intention mit einem Ja beantwortet werden. Sebastian glaubt anscheinend die Parteiverdrossenheit, die er weiter vorne in seinem Artikel erwähnt, durch die völlige Entkoppelung der politischen Praxis von der Rhetorik erfolgreich bekämpfen zu können. Dabei vergisst er, dass ein Grund der Parteiverdrossenheit die weit verbreitete Ansicht ist, Politiker lügen ja sowieso alle. Wenn wir tatsächlich eine politische Praxis des Lug und Betrugs bewusst und aktiv anstreben würden, wäre das das Ende jeglichen demokratisch glaubwürdigen Handelns. Die Verdrossenheit würde weiter um sich greifen und das Lager der Nichtwähler weiter anwachsen.

Schröders Nein zum Irakkrieg war richtig, auch wenn seine Motivation rein wahlkampf-taktisch war, aber seine Inkonsequenz nach der Wiederwahl, also die indirekte Unterstützung des Krieges durch Gewährung von Überflugrechten, durch Entlastung der US-Armee durch die Bundeswehr und durch militärischen Informationsfluss innerhalb der Nato war eben falsch und einer der Punkte, wenn auch kein zentraler, der die zweite Amtszeit Schröders zu einem Desaster für die SPD werden ließ. Seine Glaubwürdigkeit war einfach dahin.

Kurz: Sebastian verwechselt Populismus mit Verarschen, denn das schlägt Sebastian letztlich vor: schlicht die Wähler belügen! Dass eine solche Strategie mittelfristig nicht aufgehen kann, dürfte jedem Politiker sofort klar sein. Was Sebastian nämlich vergisst: Die Deutschen waren auch nach der Bundestagswahl 2002 noch gegen den Irakkrieg und quittierten in den folgenden Landtagswahlen Schröders enorme Glaubwürdigkeit mit Niederlagen für die SPD,

die ihm schließlich 2005 in NRW das Gefühl eines politischen Genickbruches gaben. Nicht nur die Agenda 2010 beschädigte Schröders Image.

Indisches Restaurant.Cafe.Bar

Ruchita

Torfstrasse, (Ecke Kiautschoustr. 12a)
 13353 Berlin. Tel: (030) 417 29 813
 Mobile : 01721620997

Opening time everyday 12.00-24.00 Uhr
 Jedem Sonntag grosse Büffe 12.00-17.00
 www.ruchita.de

**Jeden Sonntag 12-17:00 Uhr
 großes Buffet 5,90€**

Hannos berechtigte Ablehnung eines solchen Politikansatzes setzt leider nicht an diesem Punkt an, sondern hängt sich in der bloßen Wiederholung des altbekannten schröderischen Vermittlungsproblems auf und beharrt auf die „Richtigkeit“ der rot-grünen Reformpolitik und ihrer Weiterführung in der großen Koalition. „Egal was die SPD macht – sie macht es falsch!“ so lautet nach Hanno die Devise der politischen Konkurrenz von CDU bis Linkspartei. Ich würde viel eher sagen, so lautet die Devise aller Parteien im Umgang mit- und gegeneinander. Gerade in Richtung Linkspartei versucht sich die SPD sehr viel stärker und auch polemischer abzugrenzen als dies umgekehrt der Fall ist. Man sollte auch zur Kenntnis nehmen, dass die konkurrierenden Parteien keineswegs derart beliebig auf die SPD einhauen. Lafontaine und Gysi haben Becks Aufweichen der Agenda 2010 auf dem Hamburger Parteitag begrüßt. Alles andere wäre auch inkonsequent für eine Partei, die seit Jahren eine Koalition mit der SPD anstrebt unter der Bedingung, dass diese sich von der Agenda 2010 verabschiedet. Auf der anderen Seite haben FDP und Union die Agenda

2010 immer gelobt, auch wenn sie sie nie als weitgehend genug betrachteten, und begleiten Becks kleinen Richtungswechsel nun mit massiven Angriffen, u.a. auch mit Populismusvorwürfen. Also keinesfalls ein „Egal was wir machen – es ist falsch“. Alle Parteien spielen durchaus glaubwürdig und widerspruchsfrei ihre üblichen Rollen.

Der Dreh- und Angelpunkt in Hannos Artikel ist die meiner Lektüre nach unbegründete Behauptung, dass die Reformen „richtig“ waren und sind, aber sie leider „erschreckend unqualifiziert und dumm öffentlich“ diskutiert werden. Dies könnte man nun mit vielen Argumenten belegen oder abstreiten, würde aber das eigentliche Thema verfehlen. Denn was ist „richtige“ Politik? Dies allgemein und für alle Menschen zu sagen ist schlicht unmöglich. Denn Politik, insbesondere Sozial-, Finanz-, und Wirtschaftspolitik, kann nur selten allen Menschen, Gruppen und Interessen zu Gute kommen. Man muss sich in der Politik entscheiden, wessen und welche Interessen man verteidigen oder durchsetzen will. Sicher gibt es Grenzen der Durchsetzbarkeit bestimmter Interessen, wenn man den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht gefährden will, aber es gibt nicht die allgemein notwendige und unfehlbare Politik, die für ganz Deutschland „richtig“ ist. Man kann beispielsweise kein Arbeitszeitgesetz machen, dass sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber voll zufrieden stellen wird. Genauso wird der Mindestlohn entweder den Arbeitgebern weh tun oder kaum von Wert sein.

Die Frage müsste daher vielmehr heißen, haben wir Politik gemacht, die den Menschen zugute kommt, deren Interessen wir aus unseren Idealen heraus Geltung verschaffen wollen und die uns deswegen seit über einem Jahrhundert wählen. Im Gegensatz zur Frage nach dem

allgemein Richtigen oder Falschem in der Politik kann man diese nämlich beantworten, wenn man es auch leider mit einem Nein tun muss. Die Schere zwischen Arm und Reich ist aufgegangen in den letzten zehn Jahren, der Ost-West-Gegensatz wurde nicht überwunden, die Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose haben in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit mindestens einen zynischen Charakter und führen zu massivem Stress für Langzeitarbeitslose usw. Dem kann man natürlich entgegenhalten, dass es im Zuge von Hartz IV für Sozialhilfeempfänger zu Verbesserungen kam und auch zu organisatorische Fortschritten durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialversicherung. Fast jede Reform der letzten Jahre hatte natürlich auch ihre Profiteure im unteren Einkommensbereich. Dennoch ist die Gesellschaft im sozialdemokratischen Sinne unter Schröder und Merkel alles andere als gerechter geworden. Genau dies merken viele Menschen, nicht nur durch Zeitungslektüre, sondern vor allem in ihrem Alltag. Erkennt man an, dass die schröderische Reformpolitik nicht allgemein richtig war und die Unzufriedenheit der Menschen mehr als Ausdruck eines Vermittlungsproblem es ist, wird es sehr viel schwieriger Forderungen, die links von der SPD formuliert werden, als populistisch und utopisch ohne weitere Prüfung zurückzuweisen. Das Fatale an der schröderischen Reformpolitik ist, dass sie von der SPD selbst Jahre lang als alternativlos dargestellt wurde, was es uns nun schwer macht wieder zu einem Denken in Alternativen zurückzukehren. So ist es beispielsweise schwierig von der Formel „Fordern und Fördern“ auf eine ernsthafte Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen umzuschalten, obwohl dieses Konzept zumindest eine ernsthafte und ausführliche Debatte wert wäre.

„Nichts als eine Scheindebatte“

Schließlich warnt Hanno ziemlich unvermittelt vor einem Populismus, wenn auch ohne wirklich gesagt zu haben, was das für ihn sei, weil dieser gegen unsere Ideale verstoßen würde und die deutsche Geschichte schon ihre großen Populisten mit bekannten katastrophalen Auswirkungen erlebt hat. Damit tut er meiner Ansicht nach genau das, was ich anfangs beschrieb. Er grenzt die SPD-Politik der letzten Jahre von ihren Gegnern ab, indem er sie in eine historische Ecke stellt, die für sie wenig angenehm ist. Da der Absatz dann leider noch mit einer unglücklichen Implikationen einer inhaltlichen Ähnlichkeit zwischen NPD und Linkspartei endet (denn „Populismus verbindet!“), ist der Adressat eindeutig. Doch das inhaltliche Argument fehlt, es sei denn man schluckt die seit Jahren fleißig wiederholte Behauptung, die Agenda 2010 sei „richtig“ und alternativlos.

Während Sebastian den Begriff Populismus überstrapaziert für eine Politik der Inkonsequenz und Unglaubwürdigkeit, die er dann sogar noch einfordert von unseren Spitzenpolitikern, benutzt Hanno ihn in der heutzutage üblichen Weise, um die SPD-Politik vor ihren Gegnern zu verteidigen. Sebastian will ein strategisches Problem der SPD lösen, Hanno die inhaltliche Ausrichtung der Partei vor seinem Vorstoß retten. Allerdings widersprechen sie sich gar nicht. Denn Sebastian steht voll und ganz zur Agenda 2010. Er glaubt nur, es wäre besser sie nicht mehr öffentlich anzusprechen und hinter verschlossenen Türen still und leise in die Praxis umzusetzen. Beide haben eine unterschiedliche

Auffassung von Populismus und haben daher gar keinen Konflikt, auch wenn ich stark vermute, dass sie ihre jeweiligen Standpunkte dennoch gegenseitig ablehnen.

Letztlich kann die Frage, ob mehr oder weniger Populismus uns keinen Erkenntnisgewinn bezüglich unserer Krise bescheren. Denn wir wissen gar nicht, was diese Frage bedeutet, auch wenn alle eine Antwort auf sie zu haben scheinen. 42!

Die politischen Gegner werden uns immer Populismus vorwerfen, egal was wir machen, und ich befürchte, wir werden es auch noch lange Zeit mit ihnen so handhaben. Bei aller Verwerflichkeit einer Politik des Föhnchens im Winde der Meinungsumfragen, sollte man aber bedenken, dass nicht alles was populär, also mehrheitsfähig in der Bevölkerung ist, schlecht sein muss. Wenn wir soziale und fortschrittliche Politik durchsetzen wollen, können wir das nicht gegen den Willen und gegen die Mehrheit der Menschen, für die wir diese Politik machen wollen. Wenn die Mehrheit in diesem Lande, insbesondere die klassische sozialdemokratische Wählerschaft, die Agenda 2010 für falsch hält, dann sollte man sich nicht hinstellen und von Vermittlungsproblemen und Besitzstandswahrung sprechen, sondern überlegen, ob die SPD-Politik in den letzten Jahren nicht vielleicht doch den falschen Menschen weh getan hat. Die Kürzung des Arbeitslosengeldes I, die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien auf dem Arbeitsmarkt, die Senkung des Spitzensteuersatzes und so weiter verstoßen nachvollziehbarer Weise gegen die Gerechtigkeitsempfindungen der Menschen, wenn gleichzeitig die Großkonzerne Rekordgewinne vermelden und die großen Vermögen überdurchschnittlich stark wachsen. Darauf hinzuweisen und auch mit der Forderung

nach massiver Umverteilung zu reagieren ist weder utopistisch noch realitätsfern und sollte daher auch nicht von einer linken Volkspartei wegen eines unbestimmten Populismusverdachts einfach Beiseite geschoben werden.

Eine Politik des ständigen Verarschens würde die SPD binnen weniger Monate endgültig von ihrer Wählerschaft entfremden. Aber auf lange Sicht kann auch eine Politik des Beharrens auf vermeintlich „Richtiges“ diese Wirkung haben. Hanno wies auf die Katastrophen der deutschen Geschichte hin, vergaß dabei aber, dass die SPD in der deutschen Geschichte zu oft durch eine defensive und vor allem wenig progressive Politik in den entscheidenden Phasen den sich abzeichnenden katastrophalen Entwicklungen nichts entgegensetzen konnte, oder schlimmer noch, sich zum Teil des Problems machte. Über unsere Inhalte sollten wir nachdenken und streiten. Nicht darüber, ob Populismus eine gute oder schlechte Idee sei.

Die GDL hat alles Recht der Welt

Von Sebastian Trommsdorff

Seit mehreren Monaten können wir alle den ersten Streik der ältesten Gewerkschaft Deutschlands mit verfolgen.

TransNet und GDBA, beides Gewerkschaften die sich dem, meiner Ansicht nach falschen, Privatisierungskurs der Mehdornbahn vollends unterworfen haben, zetern über die unmöglichen Forderungen von bis zu 30% der Lokführer. Aber lasst uns doch mal gemeinsam die Fakten analysieren:

1. Seit 1994 ist das Gehalt der Lokführer real nicht gestiegen sondern um ca. 10% gesunken.
2. Seit 1996 sind die Gehälter der Vorstandsmitglieder der DB-AG um durchschnittlich 770 % gestiegen.
3. Verdient ein Lokführer im Schichtdienst mit Übernachtungen außerhalb des Arbeitssitzes maximal knapp über 2000€ Brutto, was in etwa 1500€ Netto entspricht.
4. Hatte TransNet bis 2007 das Verhandlungsmandat auch für die Lokführer. Angesichts der oben genannten Gehaltsentwicklung hat TransNet ihr Verhandlungsmandat offensichtlich unzureichend genutzt.
5. Hat die GDL versucht an den Tarifverhandlungen als Teil der Gewerkschaftsdelegation teil zu nehmen. Dies wurde ihr aber hauptsächlich von TransNet verwehrt.

Wenn man sich diese Fakten anschaut, ergibt sich ein komplett anderes Bild als das von der DB-AG propagierte. Es ist sichtbar dass das nun hochprofitable Staatsunternehmen Bahn hauptsächlich durch Zugeständnisse der Beschäftigten wieder in die schwarzen Zahlen zurückgeführt wurde. Wie gesagt der Beschäftigten nicht des Vorstandes! Auch die im Raum stehenden 30% können nicht einfach so hingenommen werden. Es geht nicht um 30%, sondern um ca. 400€ Brutto für die Lokführer mit den meisten Nachtschichten und dem höchsten Dienstalter. Für den jungen Lokführer und/oder Berufseinsteiger ändert sich fast nichts.

Des Weiteren ist das Verhalten von TransNet genauer zu analysieren:

Es ist immer im Sinne von Gewerkschaften sich Funktionseliten warm zu halten. In Versicherungen sind das zum Beispiel die Informatiker: stur Daten in den Computer zu tippen ist nicht so sonderlich schwer. Wenn jedoch das Computersystem an sich nicht mehr funktioniert, dann kann man den ganzen Laden dicht machen.

Das selbe gilt für die Lokführer: Tickets kann man zur Not auch am Automaten verkaufen, die Züge jedoch müssen nach wie vor von Menschen gefahren werden. Diese Menschen sind auch der größte Aktivposten wenn es um Streikfähigkeit der Arbeitnehmer geht. Also hegt und pflegt man diese Funktionselite und treibt sie nicht in Existenznot wie bei der GDL geschehen. Eine der Hauptforderungen, wenn nicht gar DIE Hauptforderung der GDL ist nämlich, daß sie in Zukunft ihre Gehälter selbst aushandelt und diese in einem eigenständigen Tarifvertrag festlegt. Es ist also nicht nur juristisch das gute Recht der GDL für ihre eigenen Mitglieder zu verhandeln sondern es ist auch ihre moralische Pflicht! Dies ist zwar eine Abkehr vom „Solidarprinzip“ aber offensichtlich notwendig. Denn Solidarität ist etwas zweigleisiges... Wer war mit den Lokführern in den letzten Jahrzehnten solidarisch?

Die DB-AG, GDBA und TransNet jedenfalls nicht.

Über eine BAföG-Erhöhung um 10 % und Schavans heuchlerische Rolle rückwärts

Von Julian Zado.



Das Thema „BAföG“ war in den letzten Wochen und Monaten das am heißesten diskutierte bildungspolitische Thema. Nachdem Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) zu Anfang der Großen Koalition das BAföG als „Auslaufmodell“ bezeichnete und sich monatelang geweigert hatte, sich des Themas anzunehmen, konnte die SPD nun nach langen Verhandlungen mit der Union eine substantielle BAföG-Erhöhung durchsetzen: Die Bedarfssätze, also das, was die EmpfängerInnen bekommen, steigen um 10% und die Einkommensfreibeträge, also die Einkommensgrenze der Eltern, ab der die Kinder BAföG-berechtigt sind, steigt um 8 %. Das bedeutet: Es bekommen wieder mehr Studierende und SchülerInnen BAföG und sie bekommen dann auch wieder mehr ausbezahlt. Diese Erhöhung war auch dringend notwendig, denn seit der letzten BAföG-Erhöhung im Jahr 2001 unter Rot-Grün war keine Anpassung mehr vorgenommen worden, obwohl die Lebenshaltungskosten seitdem stark gestiegen waren. Die Erhöhung war auch nicht etwa unverhältnismäßig hoch, sondern im Grunde „nur“ eine Anpassung: Der BAföG-Beirat der Bundesregierung (ein unabhängiges Sachverständigengremium) hatte errechnet, dass eine Erhöhung in diesem Umfang notwendig ist, um allein auf das ‚alte‘ Förderniveau von 2001 zurückzukehren. Gleichzeitig wurden eine Reihe wesentlicher struktureller Verbesserungen beschlossen:

So sollen

- anstelle des bisherigen Darlehensteilerlasses bereits während des Studiums ein Kinderbetreuungszuschlag in Höhe von monatlich 113 Euro gezahlt werden,
- die Mindestarbeitszeiten der Eltern bei Migrantinnen und Migranten mit Daueraufenthalt entfallen,
- die Hinzuverdienstgrenzen pauschal auf 400 Euro monatlich angehoben werden und
- die Mitnahme des BAföG ins Ausland ermöglicht sowie die Förderung von Auslandspraktika verbessert werden.

Während diese strukturellen Verbesserungen unstrittig waren, war die eigentliche BAföG-Erhöhung lange Zeit umstritten. Eine solche BAföG-Erhöhung war Ziel der Kampagne, „BAföG rauf“ (www.bafög-rauf.de), die die Juso-Hochschulgruppen (der Studierendenverband der SPD) gemeinsam mit den Jusos gestartet hatten und die breite Unterstützung gefunden hat. Jusos und Juso-Hochschulgruppen haben sich – ganz im Sinne der Doppelstrategie – einerseits öffentlich mit Bündnispartnern für eine Erhöhung eingesetzt, andererseits auch die innerparteiliche Diskussion geführt. Dabei war die Zusammenarbeit mit der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion besonders hilfreich, die sich den Forderungen anschloss und schließlich auch die gesamte Bundestagsfraktion von der Notwendigkeit einer BAföG-Erhöhung überzeugte.

Nachdem sich die SPD im März öffentlich positioniert hat, überschlugen sich die Ereignisse. Eine der großen Befürworterinnen

einer BAföG-Erhöhung war nämlich plötzlich Bundesbildungsministerin Anette Schavan, die bisher kein Geheimnis daraus machte, dass sie das BAföG am liebsten abschaffen würde („Das BAföG ist für mich ein Auslaufmodell“) und private Studienkredite für das Gebot der Stunde hält. Durch die Anpassung wird der Prozess der schleichenden Aushöhlung des BAföG (dadurch, dass immer weniger Studierende anspruchsberechtigt sind) vorerst gestoppt. Geradezu verzweifelnd klingen deshalb die Versuche der Bildungsministerin, diese politische Niederlage als eigenen Erfolg umzudeuten. Wichtig ist aber jetzt, dass es nicht wieder viel zu lange dauert, bis eine nächste Erhöhung erfolgt. BAföG macht nur Sinn, wenn Studierende ihren Lebensunterhalt davon dauerhaft finanzieren können. Nur dann kann das sozialdemokratische Ziel erreicht werden, auch Kindern aus bildungsfernen bzw. einkommensschwachen Schichten ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Deshalb muss der nächste Schritt sein, weg von den willkürlichen hart umkämpften Einzelerhöhungen zu kommen. Notwendig ist eine jährliche, automatische Anpassung an die Preisentwicklung.

Julian Zado ist Mitglied im Bundesvorstand der Jusos-Hochschulgruppen und im Bundesvorstand der Jusos. Außerdem ist er stellv. Vorsitzender der Jusos Mitte

Feuilleton

Hier gibt's Geschichten und Geschichte aus der Sozialdemokratie

50. Todestag von Louise Schroeder

Von Ursula Trüper

23. März 1933. In wenigen Stunden will Hitler per Ermächtigungsgesetz das Parlament über seine eigene Entmachtung abstimmen lassen. Bewaffnete SA ist aufmarschiert. In der SPD-Fraktion berät man, wie man sich verhalten soll. Der Genosse Höltermann rät, sich gar nicht an der Abstimmung zu beteiligen, sondern eine Protesterklärung abzugeben und dann abzureisen. Da springt die Abgeordnete von Schleswig-Holstein, Louise Schroeder, auf: „Auch du, Höltermann, hast hinüberzugehen und mit Nein zu stimmen, wie wir alle. Ich sage euch, ich gehe, und wenn sie mich in Stücke reißen.“ Damit ist diese Frage entschieden. Die Mehrheit der Sozialdemokraten – auch Höltermann – stimmt gegen das Ermächtigungsgesetz.

12. Mai 1949. Hunderttausende Westberliner versammeln sich vor dem Schöneberger Rathaus. Sie haben soeben erfahren, dass die Blockade endlich aufgehoben ist. Politische Prominenz aus dem Westen ist angereist, unter ihnen der künftige Bundeskanzler Konrad Adenauer. Auch der neue Oberbürgermeister Ernst Reuter spricht. Dann ist die Versammlung eigentlich zuende. Da brechen „plötzlich Sprechchöre los,“ so berichtet ein Zeitzeuge, „die nichts anderes immer wieder riefen, als: ‚Louise! Louise!‘ Denn das verlangten die Sprechchöre: Louise Schroeder, die nicht als Redner vorgesehen war, sollte sprechen. Es war nicht zu übersehen: dieser zarten weißhaarigen Frau auf dem

Rathausbalkon liefen die hellen Tränen über die Backen.“

Louise Schroeder? Vielen sagt dieser Name heute gar nichts mehr. „Sie war also Sozialdemokratin?“ fragt beispielsweise die freundliche Dame bei der Historischen Kommission der SPD auf eine Recherche-Anfrage. Vor 50 Jahren war das vollkommen anders. Damals gehörte Louise Schroeder, die erste und bislang einzige Berliner Oberbürgermeisterin, zu den bekanntesten und beliebtesten Politikern Deutschlands. Dass sie danach so schnell in Vergessenheit geraten konnte, liegt auch an ihr selbst. Politik war für sie eine Arbeit, die gut und sorgfältig erledigt werden musste, keine Bühne der Selbstdarstellung. Daher wissen wir auch nur wenig über ihre Kindheit und Jugend und auch später hat sie ihr Privatleben weitgehend aus der Öffentlichkeit herausgehalten.

Geboren wird Louise Schroeder am 2. April 1887 in Altona. Ihr Vater ist Bauarbeiter, und, wie in Altona fast selbstverständlich, Mitglied des dortigen SPD-Ortsverbandes. Die Mutter unterhält einen Gemüseladen. Louise besucht die Gewerbeschule. An den Besuch eines Gymnasiums oder gar der Universität ist für das begabte Arbeiterkind nicht zu denken. Mit 16 Jahren muss sie zum Haushaltseinkommen beitragen. Als kleine Bürokräftin beginnt sie bei einer Hamburger Versicherungsgesellschaft, wo sie sich schließlich zur Chefsekretärin hocharbeitet. Mit 23 Jahren tritt sie der SPD bei und engagiert sich dort auch aktiv. Da ist es gerade mal zwei Jahre her, dass auch Frauen in eine Partei eintreten dürfen. Vor allem für soziale und pädagogische Fragen interessiert sie sich. Fünf Jahre später wird sie in den Vorstand des SPD-Ortsvereins Altona-Ottensen gewählt.

Indisches Restaurant.Cafe.Bar.

Ruchita

Torfstrasse, (Ecke Kiautschoustr. 12a)

13353 Berlin. Tel: (030) 417 29 813

Mobile : 01721620997

Opening time everyday 12.00-24.00 Uhr

Jedem Sonntag grosse Büffe 12.00-17.00

www.ruchita.de

Jeden Sonntag 12-17:00 Uhr

große Buffet 5,90€

1919 erhalten die Frauen erstmals das Wahlrecht. Louise Schroeder ist eine der wenigen Frauen, die für die Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung in Weimar kandidieren. Altona gehört damals noch zu Schleswig-Holstein, und dort führt die junge Sozialdemokratin erfolgreich ihren ersten Wahlkampf. Im neuen republikanischen Reichstag sitzen 423 Abgeordnete, darunter 40 Frauen. Ein so hoher Frauen-Anteil wird später in der Weimarer Republik nie wieder erreicht. Viele altgediente Parlamentarier finden es nur schwer erträglich, dass nunmehr auch die Frauen in der Politik mitreden sollen und versuchen nach Möglichkeit, ihre Kolleginnen zu verunsichern. Ein Beispiel dafür hat uns die damalige Abgeordnete der Demokratischen Partei Marie-Elisabeth Lüders überliefert: Gegen den Willen des damaligen Finanzministers und vieler moralisch empörter Kollegen war es Louise Schroeder gelungen, gemeinsam mit ihrer Parlamentskollegin Christine Teusch von der Zentrumsparterie, eine finanzielle und gesetzliche Besserstellung für unverheiratete Mütter durchzusetzen. Zuvor waren soziale Hilfsleistungen vom moralischen Wohlverhalten der Bedürftigen abhängig gemacht worden. Lüders berichtet: „Der Wettlauf dieser beiden Frauen um die Gewährung von Unterstützung auch für das zweite uneheliche Kind ging

schließlich dem widerstrebenden Reichsfinanzminister so auf die Nerven, dass er sich zu der Erklärung verstieg: ‚Meine Damen und Herren, die Reichsregierung ist bereit, der Kollegin Teusch auch noch das zweite uneheliche Kind zu bewilligen.‘ Die besagte Kollegin saß mit knallrotem Kopf im Plenum....“

Louise Schroeder lässt sich durch derartige Scherze nicht erschüttern. Die erste Mutterschutzgesetzgebung ist wesentlich von ihr geprägt und wird zuweilen „lex Schroeder“ genannt, „Schroeders Gesetz“. Außerdem ist sie Gründungsmitglied der Arbeiterwohlfahrt, deren Vorstand sie bis 1933 angehört. Neben ihrer politischen Arbeit betätigt sie sich als Dozentin an der Wohlfahrtsschule der AWO Berlin. Gleichzeitig ist sie Vorstandsmitglied des SPD-Bezirks Schleswig-Holstein und Mitglied der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Altona – eine Ämterhäufung, die sich vor allem mit dem Mangel an politisch vorgebildeten Frauen in der Weimarer Republik erklärt.

Dann kommt die Nazi-Zeit. Nicht nur die SPD, auch die AWO wird verboten, die Wohlfahrtsschule geschlossen. Louise Schroeder muss sich täglich zweimal bei der Polizei in Altona melden. Ihre Wohnung wird wiederholt durchsucht. Um sich und ihre alte Mutter zu ernähren, beschließt sie, einen kleinen Brotladen zu eröffnen. Aber das Geschäft läuft nicht gut. Auch Menschen, die mit ihr sympathisieren, wagen es nicht in ihrem Laden einzukaufen. Denn der wird ständig von den Nazis beobachtet. Louise Schroeder lässt sich davon nicht einschüchtern. Sie verweigert den „Deutschen Gruß“ und hisst auch keine Hakenkreuzfahne an den zahlreichen „nationalen Feiertagen“.

Schließlich muss sie ihr Geschäft aufgeben und zieht auf Anraten ihrer Freunde nach Berlin. Wie sie richtig vermutet, kann sie sich dort, in der Anonymität der Großstadt, leichter der dauernden Beobachtung durch die Gestapo und den täglichen Gängen zum Polizeipräsidium entziehen. Nach langem Suchen findet die ehemalige Abgeordnete eine Stelle als Sekretärin bei einer Baufirma. Eines Tages wird sie ins Büro des Prokuristen gebeten. Der fragt sie ohne Umschweife, ob sie „die Louise Schroeder aus dem Reichstag“ sei. Leugnen ist zwecklos und sie macht sich auf ihre Entlassung gefasst. Doch, wie sich herausstellt, hat sie einen Gesinnungsgenossen gefunden. 1944 schickt er seine Sekretärin sogar für ein paar Monate zu einem Bauprojekt nach Dänemark, damit sie sich von den allnächtlichen Bombenangriffen etwas erholen kann.

Dreimal wird Louise Schroeder ausgebombt. Bei Kriegsende ist sie schwer magenkrank und wiegt nur noch 84 Pfund. „Ich müsste 12 Jahre jünger sein“, sagt sie wehmütig. Aber als sich die Berliner SPD wieder neu bildet, nimmt sie selbstverständlich – trotz Krankheit und Erschöpfung - an der Gründungsveranstaltung teil. Sie ahnt nicht, dass ihr der Höhepunkt ihrer Karriere erst noch bevorsteht. Zunächst einmal wird sie in den SPD-Vorstand berufen und mit der Leitung des Ausschusses für Arbeiterwohlfahrt beauftragt. Im Oktober 1946 finden die ersten Berliner Nachkriegswahlen statt - die letzten im noch ungeteilten Berlin. Entsprechend der Mehrheitsverhältnisse wird der Sozialdemokrat Otto Ostrowski zum Oberbürgermeister gewählt. Außer ihm werden drei stellvertretende Bürgermeister bestimmt, die jeweils von der CDU und der SED gestellt werden. Die Position des Dritten Bürgermeisters kann wiederum die SPD besetzen. Sie entscheidet sich für Louise Schroeder.

Es erweist sich bald, dass Ostrowski völlig überfordert ist. Als er versucht, sich ohne Rücksprache mit seiner Partei mit der sowjetischen Kommandantur und der SED zu arrangieren, kommt es zu einem regelrechten Aufstand bei den Sozialdemokraten und Ostrowski muss zurücktreten. Als Nachfolger schlägt die SPD den soeben aus dem türkischen Exil zurückgekehrten Ernst Reuter vor. Mit überwältigender Mehrheit wird Reuter - lediglich die SED stimmt gegen ihn - zum Oberbürgermeister Berlins gewählt. Jedermann ist sich darüber im klaren, dass die sowjetische Militäradministration niemals den ehemaligen Kommunisten und jetzigen Sozialdemokraten und scharfen Gegner der Sowjetunion Reuter akzeptieren wird. Stattdessen wird Louise Schroeder mit der vorläufigen Wahrnehmung des Oberbürgermeisterpostens betraut.

Ernst Reuter macht Geheimnis daraus, dass er – sowjetische Zustimmung hin oder her - sein Amt umgehend auszuüben gedenkt. „Der gewählte, aber nicht bestätigte Oberbürgermeister von Berlin“, hat er sich auf seine Visitenkarten drucken lassen. Bei wichtigen Entscheidungen konsultieren die West-Alliierten ihn, nicht die amtierende Oberbürgermeisterin. Und Reuter zeigt sich nach solchen internen Gesprächen oft wenig mitteilend, was Louise Schroeders Amtsführung nicht gerade erleichtert. Doch die beschwert sich nicht. Loyal, zuverlässig und ohne sich selbst in den Vordergrund zu drängen, übernimmt sie ein immenses Arbeitspensum. Täglich erreichen sie Briefe von verzweiferten Bürgern, die sie um Hilfe bitten. Berlin gehört zu den am schwersten zerstörten Städten in Deutschland. Es gibt zu wenige Wohnungen, kaum etwas zu essen und die Kohlen werden pfundweise zugewiesen. Zudem ist Louise Schroeder nicht nur Oberbürgermeisterin, sondern auch Vorstandsmitglied der SPD und

Präsidentin des Deutschen Städtetages. Außerdem ist sie für Volksbildung, Gesundheitswesen, Jugendfragen, Ernährung und Frauenfragen zuständig. Für jeden Magistrats-Beschluss muss sie die Zustimmung bei allen vier Siegermächten einholen. Und das in einer Stadt, in der sich die Spannungen zwischen West und Ost immer mehr verschärfen. Doch ihr integrierter Charakter und ihr unaufgeregtes Agieren auch in schwierigen Situationen erwerben ihr den Respekt sowohl der Westalliierten, als auch der Sowjetischen Militäradministration.

Die alltägliche Anspannung, verbunden mit Mangelernährung und chronischer Überarbeitung, bleibt nicht ohne Folgen. Im August 1948, mitten in der Blockadezeit, muss die Oberbürgermeisterin mit einem „Rosinenbomber“ nach Hamburg ausgeflogen werden. Wie sich herausstellt, ist ihr Herz schwer geschädigt und eine Operation kann gerade noch vermieden werden. Streng verordnen ihr die Ärzte vor allem eines: Ruhe. „Sie lassen mich nicht aus dem Bett, geschweige denn aus dem Krankenhaus,“ schreibt sie an ihre Sekretärin. „Der Professor behauptet, ich sei eigentlich ein medizinisches Wunder, denn an sich hätte ich längst umfallen müssen...“ Bald darauf wird Ernst Reuter zum zweiten Mal zum Oberbürgermeister gewählt – dieses Mal nur für die Westsektoren – und von den Westalliierten anstandslos bestätigt. Louise Schroeder, die sich ohnehin noch sehr schonen muss, tritt nun wieder mehr in den Hintergrund.

Die Berliner jedoch, wie die Episode vor dem Schöneberger Rathaus zeigt, vergessen „ihre Louise“ nicht. Anlässlich ihres 70. Geburtstages, am 2. April 1957, wird der Altonaer Arbeitertochter als erster Frau feierlich die Ehrenbürgerwürde von Berlin verliehen. Da ist

sie bereits schwer krank. Nur für wenige Stunden darf sie das Krankenhaus verlassen, um an der Ehrung teilzunehmen. Wenige Wochen später, am Abend des 4. Juni, stirbt Louise Schroeder. Tausende von Menschen aus Ost und West nehmen bei dem Staatsbegräbnis Abschied von ihrer ehemaligen Oberbürgermeisterin. Am 20. Juni wird ihre Urne nach Hamburg überführt und auf dem Friedhof Altona-Ottensen an der Seite ihrer Eltern beigesetzt.

Das politische Lied

Die SPD war stets auch eine Kulturbewegung. Daher gibt es jedes Mal ein Neues

Das Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (Bundeslied) ist ein 1863 von Georg Herwegh verfasstes Gedicht. Er schrieb es anlässlich der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als eine Hymne auf das revolutionäre Proletariat. Die entsprechende Melodie wurde in den 1920er Jahren von Hanns Eisler dazu geschrieben.

Jahrelang konnte das Bundeslied aufgrund seines Verbotes nur illegal verbreitet werden. Bis heute gilt es als eines der bekanntesten deutschen Arbeiterkampflieder.

Bundeslied (Bet' und arbeit!) Musik: Peter Heinz

Bundeslied (bet' und arbeit')

1. "Bet' und arbeit!" ruft die Welt.
Bete kurz, denn Zeit ist Geld!
An die Türe pocht die Not,
Bete kurz, denn Zeit ist Brot"
2. Und du ackerst, und du säst,
Und du nietest und du nähst.
Und du hämmerst, und du spinnst,
Sag, o Volk, was du gewinnst?
3. Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht,
Schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
Füllst des Überflusses Horn
Füllst es hoch mit Wein und Korn.
4. Doch wo ist dein Mahl bereit?
Doch wo ist dein Feierkleid?
Doch wo ist dein warmer Herd?
Doch wo ist dein scharfes Schwert?
5. Alles ist dein Werk! O sprich,
Alles, aber nichts für dich!
Und von allem nur allein,
Die du schmiedest, die Kette dein!
6. Mann der Arbeit, aufgewacht,
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will!
7. Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!

Aus den Vereinen

Hier gibt's Neues um und aus den Vereinen

Die DeuKische Generation e.V. - Zukunft. Gemeinsam. Jetzt!

von Alev Kirazli

Die DeuKische Generation e.V. besteht aus jungen, engagierten und ambitionierten Schüler/innen und Studenten/innen, deren Mitgliederzahl sich derzeit auf 160 beläuft. Das Ziel der DeuKischen Generation e.V. soll es sein, innerhalb von kürzester Zeit eine gesellschaftliche Institution zu etablieren, die primär die Integration von türkischstämmigen Bürgern in Berlin verbessert. Der Verein soll die Verknüpfung zwischen den beiden Kulturen, sei es in gesellschaftlicher oder politischer Hinsicht, bilden, vermitteln und darüber aufklären.

Der Hauptgedanke diesbezüglich ist, dass sich die dritte Generation der damaligen Einwanderer mittlerweile von dem Rollenbild

des Migranten losgelöst hat und sich als ein fester Bestandteil der deutschen Gesellschaft sieht. In Anbetracht der demographischen Situation Deutschlands und einer stetig voranschreitenden Globalisierung der Welt ist es notwendig die Ressourcen und das Potential im eigenen Land zu erkennen und frühzeitig zu fördern. Deutschlands Zukunft sind kluge Köpfe, die sich durch Internationalität auszeichnen und diesbezüglich bilden türkischstämmige, multikulturell aufgewachsene Jugendliche ein großes Potential, welches erkannt und gefördert werden sollte. Mit dieser Erkenntnis setzt die Arbeit der DeuKischen Generation e.V. ein. Der Verein bezweckt es, der hiesigen Gesellschaft die Generation der DeuKen in all ihren Facetten vorzustellen, um das Bild in der Öffentlichkeit zu korrigieren und die Überwindung kultureller Missverständnisse zu aktivieren. Gleichauf soll der Verein diese Generation dabei unterstützen und dazu auffordern die vorhandenen Chancen wahrzunehmen, sich der Verantwortung in der Gesellschaft bewusst zu werden und einen Beitrag für das friedliche und gemeinsame Zusammenleben zu leisten.



Der Verein hat sich von traditionellen Arbeitsweisen gelöst und agiert primär in Arbeitskerngruppen, die gezielt und effizient Nachforschungen betreiben, Projekte entwickeln, diese dem Verein präsentieren und zusammen realisieren. Die interne Kommunikation findet über eine eigens dafür gegründete Plattform statt, um es jedem Einzelnen zu ermöglichen seine Ideen einzubringen und stets informiert aktiv zu bleiben. Der Faktor, der uns von schon existierenden Vereinen und Organisationen unterscheidet ist der, dass wir Jugendliche sind. Als Jugendliche können wir zu Jugendlichen einen besseren Bezug aufbauen, ihnen helfen und als Vorbild funktionieren. Ferner erlaubt uns die Eigenschaft, dass wir in zwei Kulturen aufgewachsen sind und beiden angehören, die Möglichkeit Mitteilungen und Verbesserungsvorschläge an sowohl die deutsche als auch die deutsch-türkische Gesellschaft zu übermitteln. Unsere nächsten anstehenden Projekte peilen eine große Zielgruppe an. Nichtsdestotrotz finden parallel zu den großen Projekten weitere kleinere Veranstaltungen statt. So möchten wir anhand einer bundesweiten sozialen Werbespotkampagne eine Initiative für Toleranz und gegen Vorurteile starten. Unter dem Motto „Integration ist beidseitig“ wird speziell darauf Wert gelegt, dass sich der Betrachter des Werbespots dabei ertappt, wie er selbst den gesellschaftlich geprägten Vorurteilen unterliegt. Gleichmaßen soll die Kampagne Jugendliche mit bildungsfernem sozialen Umfeld motivieren, sich in der Gesellschaft zu engagieren. Prominente aus den Bereichen Politik, Medien, Sport und Musik sollen die Kampagne unterstützen. Die Vorbereitungen des Spots werden durch eine mediengebundene, öffentliche Castingkampagne an Berliner Hauptschulen begleitet. Des Weiteren plant die

DeuKische Generation eine Messe für Jugendliche. Auf dieser Messe sollen viele verschiedene Sport- und Kulturvereine repräsentiert werden und die Möglichkeit dazu haben, Jugendliche über ihren Verein, Trainingszeiten etc. zu informieren. Die Idee der Vereinsmesse erarbeitete die DeuKische Generation e. V. nach der Analyse von Statistiken und Umfragen. Der Kerngedanke dieser Messe ist es vor allem, Jugendliche mit sozialschwachem und bildungsfernem Umfeld durch Vereine in die Gesellschaft zu integrieren. Des Weiteren erwerben Jugendliche durch ihre Tätigkeit in Vereinen Grundkompetenzen wie Teamfähigkeit, Zeitmanagement und Selbstbewusstsein. Ferner werden die Jugendlichen durch ihre daraus resultierenden Erfolge wieder motiviert. Darüber hinaus werden Perspektiven geschaffen und den Jugendlichen Möglichkeiten gegeben, sich einem beschäftigungslosen Alltag zu entziehen.

Impressum:

Die „Propagandistin“ ist die Mitgliederzeitung der 16. Abt. „Grünes Dreieck“ – SPD Berlin Mitte

Chefredakteur: Sebastian Trommsdorff

Redaktion & AutorInnen: Udo Sack, Andreas Wiedermann, Hanno Winter, Ursula Trüper, Manfred Patzer, Uwe Ostendorff, Mikis Graf, Julian Zado, Johannes Berger;

Layout: Heiko Hanschke, Hanno Winter;

V.i.s.d.P.: Udo Sack, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

KONTAKT:

info@gruenes-dreieck.de

**Druck mit freundlicher Unterstützung vom
CopyShop Peter Noak**

Tegeler Str. 29a, 13353 Berlin, www.digitalesdruckstudio.de

Deichgraf



*Täglich geöffnet von 9.00 - 2.00
Frühstück ab 9.00
Mittagstisch ab 11.30*

Küche bis 23.00

